

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/74

Bonn, den 21. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>"Im Interesse aller Bürger"</u> Ein Appell an die DDR	40
2	<u>Hier ist Herr Strauß</u> Die Heimatvertriebenen sind kein Stimmenreservoir für einen neuen Nationalismus Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB	41
3 - 4	<u>Weltraum - Feld für Propaganda oder für Völkerverständigung?</u> Der 12 Gigahertz-Bereich in der internationalen Diskussion Von Dr. Rolf Meinecke, MdB	79
5	<u>Drei Deutsche im Hintergrund</u> Für amerikanische Innenpolitik: Nixon-Freund Ehrlichman Von Paul Neumüller, New York	36

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Die USA und die deutsche Ostpolitik  
Kein Berufsstand erlitt härteres Schicksal  
Vorstoß von Niedersachsen im Bundesrat  
Europäische Funktion Litauens  
Dokumente aus der ostdeutschen Arbeiterbewegung  
Angriff auf Wenzel Jaksch

"Im Interesse aller Bürger"

Ein Appell an die DDR

sp - Es besteht wohl kein Zweifel daran, daß die EntschlieÙung des SPD-Parteivorstandes zur Außen- und Deutschlandpolitik die Zustimmung einer großen Mehrheit der Delegierten auf dem Mitte Mai in Saarbrücken stattfindenden Parteitag finden wird. Zum erstenmal appelliert ein SPD-Parteitag, und dies wenige Tage vor der Begegnung in Kassel, an jene, die im anderen Teil Deutschlands Verantwortung tragen, "daran mitzuwirken, daß die Fragen, die zwischen den beiden deutschen Staaten einer Regelung bedürfen, vertraglich geregelt werden im Interesse aller deutschen Bürger".

Die EntschlieÙung betont den Ausschluß jeglicher Diskriminierung, die Respektierung der territorialen Integrität, die Verpflichtung, die gesellschaftliche Struktur im Gebiet des Vertragspartners nicht mit Gewalt zu ändern, und sie unterstreicht, daß Verträge zwischen der Bundesrepublik und der DDR die gleiche Verbindlichkeit haben müssen wie Verträge, die beide Staaten mit Dritten schließen.

Der Appell entspricht dem aufrichtigen und ehrlichen Wunsch auch der Mehrheit der Bürger unserer Bundesrepublik, mit dem anderen Teil Deutschlands zu einem geregelten Neben- und Miteinander zu kommen, wie es zwischen zivilisierten Staaten üblich ist. Die nach 1945 als Folge des von Hitler frevelhaft entfachten Krieges entstandener zwei deutschen Staaten dürfen und können sich nicht länger als gegeneinander gerichtete Speerspitzen feindlicher Systeme betrachten.

Gewiß gibt es hüben und drüben noch dem starren Blockdenken verfallene Kräfte, gibt es Politiker, die sich nach den Höhepunkten des Kalten Krieges zurücksehnen und sich in einem Zustand unerträglicher und lebensgefährlicher Spannungen geradezu wohlfühlen. Aber in der Deutschland- und Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel kommen solche Kräfte gewiß nicht zum Zuge; sie befinden sich auch sonst auf verlorenem Posten. In der DDR scheint das Ringen zwischen den beharrenden und den aufgeschlossenen Kräften noch nicht entschieden zu sein. Unter dem Vorwand, die DDR sei von der Bundesrepublik bedroht, die sich die DDR einverleiben wolle, versuchen Teile der SED, die Kluft zwischen beiden Teilen Deutschlands weiter zu vertiefen.

Der Appell an die DDR kommt zur rechten Stunde. Er trägt den deutschen und europäischen Realitäten Rechnung und ist Ausdruck des von der Verantwortung um unser Volk getragenen Bestrebens, trotz aller Unterschiede, die zwischen beiden gesellschaftlichen Systemen bestehen, ein Höchstmaß an gesichertem Frieden und normale Verhältnisse auch auf deutschem Boden zu erreichen.

+ + +

Hier irrt Herr Strauß  
-----

Die Heimatvertriebenen sind kein Stimmenreservoir für  
einen neuen Nationalismus

Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB

Die Fanfarenstöße des CSU-Parteitages gegen die "Politik der Illusionen" und der "leichtfertigen Preisgabe deutscher Interessen", die unverfroren an die Wand gemalten Gespenster deutscher Chamberlains und Kerenskis waren nicht nur der Versuch, die Wähler der langsam zerfallenden DKP an sich zu ziehen. Franz Josef Strauß hat mit dieser Tonart auch auf die vielen in Bayern lebenden Vertriebenen gezielt. Mit einem oft an die Tonart der einstigen Deutschnationalen anklingenden Jargon möchte er sie vergessen machen, wie sehr die CSU immer auf die Wahrung der bayerischen Sonderrechte bedacht war und wie gerade CSU-Kreise nach 1945 die Heimatvertriebenen fühlen ließen, daß man sie in Bayern als "lästiges Gepäck" ansah.

Dabei sollte auch Strauß mittlerweile gemerkt haben, daß die Vertriebenen zum weitaus größeren Teil viel vernünftiger sind, als man sie gemeinhin einzuschätzen pflegt. Das Wahlverhalten der Vertriebenen, das beweisen viele Untersuchungen, unterscheidet sich nur geringfügig von dem der übrigen Bevölkerung. Die lange Zeit gehegte Vorstellung, sie seien ein besonders dankbares Wählerreservoir für die NPD, ist längst durch die Tatsachen widerlegt. Bei der Bundestagswahl 1969 z.B. war der Wahlerfolg der SPD in ausgesprochenen Vertriebenensiedlungen genauso groß wie in Wohnvierteln mit geringerem Vertriebenenanteil.

Und das ist nicht verwunderlich. Die Vertriebenen sind die gebrannten Kinder der nationalistischen Politik des NS-Regimes. Sie haben bei ihrer Austreibung auch noch drastische Lehren darüber erhalten, wessen der entfesselte Nationalismus der anderen fähig war. Von den wenigen Unbelehrbaren abgesehen, die es schließlich in allen Bevölkerungskreisen gibt, wirkt daher bei den meisten Vertriebenen nichts so abschreckend wie die Verbreitung nationalistischer Parolen.

Franz Josef Strauß könnte mit seinen Angriffen gegen die Bundesregierung bestenfalls die Kreise um die sogenannte AKOM erreichen, das ist jene ominöse "Aktion Oder-Neiße", die mit ihren maßlosen Forderungen, wie der nach dem Anschluß Südtirols und Elsaß-Lothringens, mit Wonne in allen östlichen Blättern zitiert wird. Die AKOM stellt folgerichtig bereits einige der prominentesten Mitglieder der "Freundeskreise der CSU". In dieser Gesellschaft, die jahrelang auch im Sudelblatt des Herrn Frey ihr Gift verspritzte, mag Strauß mit Tönen wie beim CSU-Parteitag Freunde finden. Bei der Masse der vernünftigen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge jedoch wird er mit seinen Parolen ebensowenig Resonanz finden wie bei der übrigen Bevölkerung der Bundesrepublik.

+ + +

## Weltraum - Feld für Propaganda oder für Völkerverständigung?

---

Der 12 Gigahertz-Bereich in der internationalen Diskussion

Von Dr. Rolf Meinecke, MdB

Während in der Bundesrepublik noch heftig um die Frage gerungen wird, ob und wie neue Frequenzen im elektromagnetischen Bereich für Funk und Fernsehen genutzt werden sollen, hat das große internationale Gespräch hierüber bereits begonnen.

Im Vordergrund der internationalen Diskussion stehen die politischen und kulturellen Konsequenzen von Fernsehübertragungen durch Satelliten.

Auf der kürzlich beendeten Frühjahrstagung der Interparlamentarischen Union, an der Parlamentariergruppen von 70 Nationen teilnahmen, wurde heiß über die Wirkung solcher neuer Massenmedien auf die Völkerverständigung debattiert: Parlamentarier aus vier Ländern (Kanada, Frankreich, Italien und Polen) meinten in ihren Memoranden übereinstimmend, daß es diese direkten Fernsehübertragungen schon in wenigen Jahren geben werde. In der Tat ist zu befürchten, daß wiederum ein neues Medium eingeführt wird, bevor die damit zusammenhängenden politischen und juristischen Fragen hinreichend geklärt sind.

Die Vereinten Nationen haben eine besondere Arbeitsgruppe innerhalb des "Komitees für den Weltraum" gebildet, die sich mit den politischen Aspekten dieses Problems befaßt. Die UNESCO ihrerseits verhandelt über die Fragen der Satellitenkommunikation für die Verbreitung von Informationen, Bildung, Wissenschaft und Kultur. Im Dezember 1969 einigte man sich auf der UNESCO-Hauptversammlung in folgenden Punkten:

- \* 1. Die geringen Möglichkeiten, die den Entwicklungsländern freien Informationsfluß gewährleisten, müssen verbessert werden, da dort die Verbreitung von Presse, Radio und Fernsehen immer noch sehr erschwert ist.
- \* 2. Man sollte Regeln aufstellen, um die Rechte der Übertragenden Organisation zu wahren, damit nicht Programme ohne ihr Einverständnis übertragen werden können.
- \* 3. Man sollte Möglichkeiten dafür finden, daß jedes Land nur Programme empfangen kann, die es zu empfangen wünscht.
- \* 4. Allgemein wird die Notwendigkeit anerkannt, bei der International Telecommunication Union (ITU) die Verteilung passender Frequenzen für die direkte Übertragung von Fernsehprogrammen oder für Radioübertragungen durch Satelliten zu sichern.

Aus dieser Aufzählung wird schon die Fülle der politischen,

juristischen, sprachlichen und wirtschaftlichen Probleme ersichtlich.

Die Hauptbedenken mancher Nationen scheinen darin zu liegen, daß die Kontrolle solcher Satelliten-Systeme zum Monopol der Staaten wird, die in der Raumfahrt anderen voraus sind, und daß sie diese Übertragungen ausschließlich zu ihrem eigenen politischen und wirtschaftlichen Vorteil nutzen. Es werden deshalb Kontrollsysteme vorgeschlagen, an denen alle beteiligten Nationen ein Mitspracherecht haben.

Die Chance des neuen Systems wird darin gesehen, daß mit ihm die internationale Verständigung, das gegenseitige Kennenlernen kultureller Strömungen im friedlichen Sinne gefördert werden kann. Dabei werden insbesondere im kanadischen Memorandum die Schwierigkeiten gewürdigt, die darin liegen, daß die einzelnen Nationen verschiedene Auffassungen von der "Informationsfreiheit" haben. Von daher ergeben sich auch die Schwierigkeiten bei der Lösung der Kontrollprobleme. Übereinstimmung jedoch scheint darüber zu bestehen, daß sich hier eine hervorragende Möglichkeit bietet, zahlreichen Entwicklungsländern informationspolitisch und kulturell zu wirtschaftlich diskutablen Bedingungen entgegenzukommen.

Nun sind die Möglichkeiten für die Ausstrahlung von Fernsehprogrammen über Satelliten keineswegs überreichlich. Es werden daher Überlegungen angestellt werden müssen, welche Aufgaben besser durch andere Mittel gelöst werden könnten. In diesem Zusammenhang ist eine weitere neue Technologie, nämlich die Bildband-Kassette zu nennen. Die Benutzung dieses Systems allerdings setzt wiederum das Vorhandensein eines ausgebauten Rundfunk-Fernsehsystems voraus. Daher ist zu erwarten, daß die Entwicklungsländer die Möglichkeiten, direkt Programme zu erhalten, mehr bevorzugen.

Die Memoranden der Kanadier, Franzosen, Italiener und Polen sagen nichts darüber aus, welche Frequenzen für das Satellitenfernsehen verwendet werden sollen. Es handelt sich jedoch um den 12-Gigahertz-Bereich. In ihm findet man die letzten, noch frei verfügbaren Frequenzen. Über die Zuteilung dieser Frequenzen wird 1971 auf der Weltraum-Funk-Konferenz zu entscheiden sein.

In Deutschland weiß man, daß es genau die gleichen Wellenbereiche sind, die möglicherweise für ein privates Fernsehen im lokalen Bereich neue Chancen eröffnen würden. Auch die Bundesrepublik wird sich indessen dem Appell, bei Verwendung dieser Wellenfrequenzen der internationalen Zusammenarbeit den Vorrang zu geben und nationale Eigeninteressen zurückzustellen, nicht entziehen können.

Drei Deutsche im Hintergrund

Für amerikanische Innenpolitik: Nixon-Freund Ehrlichman

Von Paul Neumüller, New York

Anlässlich des Besuches von Bundeskanzler Brandt in den USA hat Präsident Nixon am 10. April 1970 in einer Tischrede unter anderem wörtlich ausgeführt: "Während wir Sie, Herr Bundeskanzler, willkommen heißen, denken wir auch an die Bindungen zwischen unseren beiden Ländern in persönlicher Hinsicht. Ich bin im Weißen Hause von Deutschen umgeben, Mr. Haldman, der Chef des Stabes, Mr. Ehrlichman, der Leiter für innenpolitische Angelegenheiten, und Dr. Kissinger, Leiter des nationalen Sicherheitsrates, sind meine deutschen Helfer."

Diese Worte decken sich in der Tat mit der Wirklichkeit. Die Namen besagen es bereits, daß Nixon's Berater deutscher Abstammung sind. Sie haben einen nicht unerheblichen Einfluß auf die amerikanische Außen- und Innenpolitik.

Während Dr. Kissinger laufend im Blickfeld der Öffentlichkeit steht und häufig in Zeitungen, im Rundfunk und Fernsehen erwähnt wird, arbeitet der innenpolitische Berater des Präsidenten, John Daniel Ehrlichman, stets im Hintergrund; aber sein Einfluß im Weißen Hause ist wohlbekannt. Von sieben Assistenten unterstützt, bearbeitet Ehrlichman alle innenpolitischen Probleme Amerikas, und er bereitet die Entscheidungen des Präsidenten bis ins letzte Detail vor. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich mit Amerikas innenpolitischen Fragen befassen, gaben Ehrlichman bereits den Beinamen "Eisener Kanzler". Und das hat eine gewisse Berechtigung, denn es ist ein offenes Geheimnis, daß Präsident Nixon keine innenpolitischen Entscheidungen fällt, die er nicht vorher mit seinem Assistenten Ehrlichman abgestimmt hätte.

Nixon und Ehrlichman sind durch eine langjährige Freundschaft persönlich miteinander verbunden. Ehrlichman war dem Präsidenten in seinen Wahlkampagnen ein unentbehrlicher Helfer.

So sehr Brandt besonders als Bundeskanzler das Deutschlandbild zahlreicher Amerikaner, die immer noch die Deutschen als grausam, nationalistisch, militaristisch und arrogant beurteilen, korrigieren konnte, ist es doch eine Genugtuung, daß Präsident Nixon von deutschstämmigen Beratern umgeben ist, von denen man weiß, daß sie erkannt haben, die Bundesregierung Brandt/Scheel hat neue Akzente in der Außen- und Innenpolitik gesetzt, die von Washington unbeschränkt akzeptiert werden können.

+ + +